Kirchengemeinde XYZ

Auskunft: xxx

Telefon: 05xxx

Pfarramt: xxx

 31xxx

e-mail: xxx@xxx

**Bestätigung** **über Sachzuwendungen**

im Sinne des § 10 b des Einkommensteuergesetzes an inländische juristische Personen des öffentlichen Rechts oder inländische öffentliche Dienststellen

|  |
| --- |
| Name und Anschrift des Zuwendenden |
|  |
| Wert der Zuwendung -in Ziffern- | -in Buchstaben- | Tag der Zuwendung: |
|  |  |  |

Genaue Bezeichnung der Sachzuwendung mit Alter, Zustand, Kaufpreis usw.

[ ]  Die Sachzuwendung stammt nach den Angaben des Zuwendenden aus dem Betriebsvermögen. Die Zuwendung wurde nach dem Wert der Entnahme (ggf. mit dem niedrigeren gemeinen Wert) und nach der Umsatzsteuer, die auf die Entnahme entfällt, bewertet.

[ ]  Die Sachzuwendung stammt nach den Angaben des Zuwendenden aus dem Privatvermögen.

[ ]  Der Zuwendende hat trotz Aufforderung keine Angaben zur Herkunft der Sachzuwendung gemacht.

[ ]  Geeignete Unterlagen, die zur Wertermittlung gedient haben, z. B. Rechnung, Gutachten, liegen vor.

Es wird bestätigt, dass die Zuwendung nur zur Förderung (Angabe des begünstigten Zwecks / der begünstigten Zwecke)

verwendet wird.

Die Zuwendung wird

[x]  von uns unmittelbar für den angegebenen Zweck verwendet.

□ entsprechend den Angaben des Zuwendenden an …….................................................................................

............................................................................................................. weitergeleitet, die/der vom Finanzamt….............................................................................StNr….............................………

 mit Freistellungsbescheid bzw. nach der Anlage zum Körperschaftssteuerbescheid vom…............................ von der Körperschaftssteuer und Gewerbesteuer befreit ist.

□ entsprechend den Angaben des Zuwendenden an …….................................................................................

............................................................................................................. weitergeleitet, der/dem das Finanzamt….............................................................................StNr….............................……… mit Feststellungsbescheid vom….............................die Einhaltung der satzungsmäßigen Voraussetzungen nach

§ 60a AO festgestellt hat.

xxx, den 3. Februar 2014

\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_

(Ort, Datum und Unterschrift des Zuwendungsempfängers)

**Hinweis:**

Wer vorsätzlich oder grob fahrlässig eine unrichtige Zuwendungsbestätigung erstellt oder wer veranlasst, dass Zuwendungen nicht zu den in der Zuwendungsbestätigung angegebenen steuerbegünstigten Zwecken verwendet werden, haftet für die entgangene Steuer (§ 10bAbs. 4 EStG, § 9 Abs. 3 KStG, § 9 Nr. 5 GewStG).

**Nur in den Fällen der Weiterleitung an steuerbegünstigte Körperschaften im Sinne von § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG:**

Diese Bestätigung wird nicht als Nachweis für die steuerliche Berücksichtigung der Zuwendung anerkannt, wenn das Datum des Freistellungsbescheides länger als 5 Jahre bzw. das Datum der Feststellung der Einhaltung der satzungsmäßigen Voraussetzungen nach § 60a Abs. 1 AO länger als 3 Jahre seit Ausstellung des Bescheides zurückliegt (§ 63 Abs. 5 AO).